

Erste Beratung:

**Niedersachsens Schlusslichtposition verändern -
Aktionsplan „frühkindliche Bildung“ jetzt -**

Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/283



Zur Einbringung erteile ich dem Abgeordneten Brammer von der SPD-Fraktion das Wort.

Axel Brammer (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unstrittig ist: Kindertagesstätten sind heute, anders als noch vor zehn Jahren, Bildungseinrichtungen. Die Rahmenbedingungen für unsere Kinder haben sich in den letzten Jahren sehr stark verändert. Immer mehr Kinder wachsen als Einzelkinder auf. Vor allem digitale Medien mit all ihren negativen Auswirkungen bestimmen den Alltag unserer kleinen Kinder in zunehmendem Maße.

In Deutschland stammt jede zehnte Familie aus dem Ausland. Kinder brauchen die Befähigung, sich in dieser interkulturellen Welt zu bewegen. Sozialisationsprozesse werden durch die gerade beschriebenen Tatsachen umfassender und müssen vor allem in immer kürzerer Zeit bewerkstelligt werden - und dies vor dem Hintergrund, dass Eltern sich zunehmend überfordert sehen, wofür es viele Gründe gibt. Hier sei nur einer beispielhaft genannt: Es ist heute völlig normal, dass Eltern, insbesondere Alleinerziehende, mit nur einer Arbeitsstelle nicht mehr klarkommen, weil das Geld nicht mehr reicht.

(Editha Lorberg [CDU]: Das wissen wir aber schon ziemlich lange!)

Die PISA-Studie sorgte seinerzeit für eine allge-meine Ernüchterung im deutschen Bildungswesen. Die Vergleiche mit anderen Ländern haben uns gezeigt, dass wir auch im Bereich der Elementarpädagogik viel aufzuholen haben. Niedersachsen rangiert beim Ländervergleich in dieser ohnehin schon schlecht aufgestellten Republik am unteren Ende. Dies beweist der kürzlich erschienene Länderreport „Frühkindliche Bildungssysteme 2008“. Niedersachsen liegt beispielsweise bei den Ausgaben für die frühkindliche Bildung bundesweit an zweitletzter Stelle. Die Teilhabe der Kinder in Niedersachsen an frühkindlicher Bildung ist geringer als in den meisten anderen Bundesländern.

(Ursula Körtner [CDU]: Wir hatten ja 13 Jahre eine SPD-Regierung! - Wolfgang Jüttner [SPD]: Das ist aber langsam verjährt! Ihr seid doch angeblich seit fünf Jahren Klasse! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Der Länderreport belegt unsere Annahme, dass vieles, was Kindertagesstätten betrifft, für diese Regierung offensichtlich Nebensache ist.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der LINKEN)

Diese Landesregierung ist grottenschlecht aufgestellt.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU und bei der FDP)

Unsere Kindertageseinrichtungen werden nach wie vor so behandelt, als wären sie Orte zur Aufbewahrung von Kindern berufstätiger Mütter oder manchmal auch berufstätiger Väter. Landesweit gibt es keine verbindlichen Vorgaben für die Versorgungsquote. Je nachdem, welche Priorität die einzelnen Kommunen den Kitas beimessen, wird die Entwicklung vor Ort vorangetrieben oder auch nicht. Das beweist allein die Tatsache, dass das Tagesstättenausbaugesetz auch aufgrund der unterschiedlichen Strukturprobleme in den Kommunen nicht ausgereicht hat, eine entsprechende Dynamik zu entwickeln.

Aufgrund der zwischen Bund und Ländern geschlossenen Verwaltungsvereinbarung, einhergehend mit dem Kinderförderungsgesetz, wird sich auch das Land Niedersachsen seiner Verantwortung nicht mehr entziehen können. In diesem Zusammenhang muss man sich fragen, warum das Land Niedersachsen anders handelt als andere Bundesländer.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Kreszentia Flauger [LINKE])

Folgendes ist nicht nachvollziehbar: Der Bund geht bei seinem Investitionsprogramm für den Ausbau der Krippen in der Ausbauphase bis 2013 von einer Gesamtsumme von 4 Milliarden Euro bundesweit aus. Darin sind 2,15 Milliarden Euro Bundesbeteiligung und 1,85 Milliarden Euro Länderanteil enthalten. Das macht einen Bundesanteil von 53,75 % und einen Länderanteil von 46,25 % aus. In Niedersachsen zählt das offensichtlich nicht. Sie verkaufen den Bundesanteil als 90-%-Förderung, legen 5 % drauf und unterschlagen den Kommunen den eigentlich viel höheren Landesanteil.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Kreszentia Flauger [LINKE])

Genau das wollen wir erklärt wissen.

Zum anderen besteht bis heute noch keine verbindliche Regelung, wie die vom Bund geförderten Betriebskosten an die Einrichtungen verteilt werden. Der Bund geht beim Entwurf des KiFöG, des Kinderförderungsgesetzes, von einem Gesamtvolumen von 8 Milliarden Euro bundesweit aus. Der Bund ist daran mit 1,85 Milliarden Euro, die Länder sind mit 6,15 Milliarden Euro in den nächsten sechs Jahren beteiligt. Sie haben noch keine konkrete Planung, wie Sie das umsetzen wollen. Sie warten auf den Bund und tun selbst nichts. Wenn diese Mittel gemäß der Planung ab 2009 fließen sollen, sollten Sie langsam anfangen und sich Gedanken machen, wie Sie dieses vom Bund angeschobene Programm umgesetzt bekommen.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LIN-KEN)

Die Festsetzung der Betriebskostenzuschüsse für Krippenplätze wird nur über die Änderung des Kindertagesstättengesetzes möglich sein. Wenn das geschieht, werden wir sicherlich vor dem Hintergrund, dass es sich bei den Kindertageseinrichtungen um Bildungseinrichtungen handelt, über einiges mehr reden müssen. So ist zu fragen, ob der derzeitige Landeszuschuss in Höhe von theoretisch 20 % - in der Regel sind es eigentlich nur 17 % - noch zeitgemäß ist. Darüber müssen wir reden.

Können wir es wirklich verantworten, dass in den Krippen eine Fachkraft sieben Kinder betreut? In einer Familie bedeutet das zweimal Zwillinge und einmal Drillinge. Solch eine Familie würde durch die öffentliche Hand unterstützt. In den Einrichtungen verlangen wir, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dies leisten müssen. Das kann man keinem logisch erklären.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Kreszentia Flauger [LINKE])

Ein weiterer Punkt: Reichen vor dem Hintergrund, dass Kindertagesstätten heute einen anderen Stellenwert als früher haben, 7,5 Verfügungsstunden für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch aus? Der vom Kultusministerium 2005 eingeführte Orientierungsplan bindet, wenn er ernst genommen wird, viel Zeit. Nicht umsonst hat das Ministerium ihn nicht rechtsverbindlich, sondern nur empfehlend eingeführt.

Es ist weiterhin vielleicht überlegenswert, die Auswirkungen des demografischen Wandels zu nutzen, um die Gruppenstärke in den Kitas zu senken, bevor man Gruppen schließt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben seinerzeit aufgrund der Einführung des § 24 KJHG die Vergrößerung der Gruppen hinnehmen müssen, damit der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für über Dreijährige gewährleistet werden konnte.

(Vizepräsident Hans-Werner Schwarz übernimmt den Vorsitz)

Land und Kommunen standen damals, Anfang der 90er-Jahre, vor einem riesigen Finanzierungsproblem, das dann teilweise auf dem Rücken der Beschäftigten gelöst wurde. Diese und noch viele Probleme mehr wollen wir behandelt wissen, bevor diese Landesregierung die erforderliche Entwicklung verschläft. Deshalb ist es angesagt, jetzt sofort die Fundamente für eine vernünftige Bildungspolitik zu legen, ohne zu vergessen, dass dafür vernünftige Sozialisationsprozesse in den Kindertagesstätten dringend erforderlich sind. Wir wollen verhindern, dass dieses Land Schlusslicht in der europäischen Bildungspolitik bleibt.

Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Zustimmung von Miriam Staudte [GRÜNE] und Kreszentia Flauger [LINKE])